

Öffentliche Straßen

Sauthoff

4. Auflage 2027
ISBN 978-3-406-82291-9
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse
Band 32



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliche Straßen

Straßenrecht – Straßenverkehrsrecht –
Verkehrssicherungspflichten

von

Prof. Dr. Michael Sauthoff

Präsident des Oberverwaltungsgerichts und des Finanzgerichts a.D.
Honorarprofessor an der Universität Greifswald

4., völlig überarbeitete Auflage 2027

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitierweise: Sauthoff Öffentl. Straßen Rn. ...



beck.de

ISBN PRINT 978 3 406 82291 9

© 2027 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Das Buch ist den Rechtsverhältnissen der öffentlichen Straßen gewidmet. Es soll zunächst die Fragen behandeln, die die Entstehung und Änderung von öffentlichen Straßen aufwerfen. Die Inanspruchnahme öffentlicher Straßen wird einerseits durch die straßenrechtlichen Vorschriften über Gemeingebrauch und Sondernutzung geregelt, andererseits durch die Normen des Straßenverkehrsrechts und – mittelbar – durch den Zustand der Straßen, die der Nutzer aus dem Gesichtspunkt der Straßenbaulast und vor allem der Verkehrssicherung erwarten kann. Das Werk verknüpft daher die drei Rechtsgebiete (Straßenrecht, Straßenverkehrsrecht, Verkehrs(sicherungs)recht als Teil des Zivilrechts) miteinander. Schließlich werfen öffentliche Straßen vielfältige Probleme des Verhältnisses zu den Anliegern und Nachbarn auf, die als Straßennachbarrecht darzustellen sind. Hinzu kommen vielfältige Umwelt- und Klimaschutzbelange, die sowohl aus der Sicht der Betroffenen wie der Allgemeinheit zu berücksichtigen sind. Ihre Bedeutung erstreckt sich auf nahezu sämtliche Teilbereiche des Rechts der öffentlichen Straßen.

Das Werk will die genannten Aspekte für die Praxis verbinden, aber auch die dogmatischen Linien aufzeigen, um Antworten auf allfällige neue Fragen entwickeln zu können. Die Verknüpfungen werden zunächst in Teil 1 dargestellt. Über zahlreiche interne Verweise, das ausführliche Inhaltsverzeichnis und ein detailliertes Stichwortverzeichnis sollen ebenfalls Zusammenhänge hergestellt werden.

Das Buch will auch – in angemessenem Umfang – über die neuen Entwicklungen informieren, die im Zusammenhang mit der sog. Verkehrswende diskutiert werden. Viele Bestrebungen lassen sich bereits nach geltendem Recht verwirklichen.

Das Straßenplanungsrecht wird nicht behandelt, soweit es nicht Sachzusammenhänge mit dem Straßen- und Straßenverkehrsrecht erfordern; insoweit sei auf den Beitrag des Verfassers in Ziekow (Hrsg.), Praxis des Fachplanungsrechts, 3. Aufl. 2023 verwiesen. Die prozessuale Umsetzung straßenrechtlicher Fragen wird in dem Beitrag des Verfassers in Johlen (Hrsg.) Münchener Prozessformularbuch, Bd. 7, Verwaltungsrecht, 5. Aufl. München 2023 behandelt.

Das Manuskript wurde im Juni 2026 abgeschlossen.

Für vielfache Unterstützung danke ich Herrn Wiss. Ass. David Plattner.

Für Hinweise auf Fehler und sonstige Anregungen ist der Verfasser jederzeit dankbar (michael.sauthoff@gmx.de).

Greifswald, im Juni 2026

Prof. Dr. Michael Sauthoff



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Straßengesetze	XXXV
Literaturverzeichnis	XXXVII
Teil 1 Grundlagen	1
§ 1 Öffentliche Straßen und ihre Regelungsbereiche	1
Teil 2 Straßenbestandsrecht	29
§ 2 Widmung	29
§ 3 Ein- und Umstufung	103
§ 4 Einziehung und Teileinziehung	139
§ 5 Straßenverzeichnisse	162
Teil 3 Nutzungsrecht	169
§ 6 Gemeingebrauch	169
§ 7 Anliegergebrauch	201
§ 8 Öffentlich-rechtliche Sondernutzung	213
§ 9 Privatrechtliche Gestattung	273
Teil 4 Sonstiges Straßennachbar- und Anliegerrecht	287
§ 10 Zufahrt und Zugang	287
§ 11 Anbaubeschränkungen	324
§ 12 Weitere nachbarrechtliche Beschränkungen	342
Teil 5 Straßenbaulast und Verkehrssicherung	353
§ 13 Straßenbaulast	353
§ 14 Verkehrssicherung	409
§ 15 Straßenbeleuchtung	472
Teil 6 Straßenreinigung	477
§ 16 Reinigungs- und Winterdienst an innerörtlichen Straßen	477
§ 17 Reinigungspflicht von Straßen außerhalb der geschlossenen Ortslage und Privatstraßen	525
§ 18 Übermäßige Verunreinigungen	528
Teil 7 Sonstiges Straßenordnungsrecht	535
§ 19 Bezeichnung der Grundstücke	535
Teil 8 Straßenverkehrsrecht	539
§ 20 Grundlagen des Straßenverkehrsrechts	539
§ 21 Verkehrsrechtliche Vorgaben außerhalb des Straßenverkehrsrechts ieS	550
§ 22 Straßenverkehrsrechtliche Anordnungen – Allgemeiner Teil	567
§ 23 Verkehrsrechtliche Anordnungen im Einzelnen	618
§ 24 Verbot verkehrsgefährdender Betätigungen und Ausnahmen	692
§ 25 Sonderrechte nach § 35 StVO	704
§ 26 Ausnahmen von verkehrsrechtlichen Vorschriften und Anordnungen	708
§ 27 Durchsetzung von verkehrsrechtlichen Ge- und Verboten (insbes. Abschleppen)	728
§ 28 Verkehrsrechtliche Haftungsansprüche	742



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Teil 1 Grundlagen	1
§ 1 Öffentliche Straßen und ihre Regelungsbereiche	1
A. Öffentliche Straßen im Straßenrecht	1
I. Begriff der Straße	1
II. „Öffentliche“ Straße	2
III. Rechtsfolgen der straßenrechtlichen Öffentlichkeit	4
IV. Gegenbegriff: Privatstraße	7
B. Öffentliche Straßen in sonstigen Rechtszusammenhängen	7
I. Straßenverkehrsrecht	7
II. Verkehrssicherungsrecht	11
III. Öffentliche Flächen nach anderen Rechtsgebieten	11
C. Abgrenzung des Straßenrechts zu anderen Regelungsbereichen	12
I. Verhältnis des Straßenrechts zum Straßenverkehrsrecht	12
II. Abgrenzung des Straßenverkehrsrechts zu anderen Materien	16
III. Verhältnis des Straßenrechts zum Straßenverkehrsrecht als Instrument des Umwelt-, Städtebau- und Gesundheitsrechts	18
D. Materien des Rechts der öffentlichen Straßen	19
I. Straßenplanungsrecht	19
II. Straßenbestandsrecht	19
III. Straßennutzungsrecht	19
IV. Straßennachbarrecht	21
V. Straßenordnungsrecht	22
VI. Straßenunterhaltung und Verkehrssicherung	22
VII. Straßenumweltrecht	24
E. Verkehrswende	25
Teil 2 Straßenbestandsrecht	29
§ 2 Widmung	29
A. Grundlagen	29
B. Widmung durch Widmungsverfügung	31
I. Verfügungsbefugnis des Straßenbaulastträgers	31
II. Zustimmung des Straßenbaulastträgers	35
III. Ermessen zur Widmung	36
IV. Verfahren	44
V. Wirksamwerden der Widmung	46
C. Umfang der öffentlichen Straße	49
I. Bestimmtheit der Widmung und ihre Auslegung	49
II. Funktioneller Umfang der öffentlichen Straße	50
III. Räumliche Ausdehnung	60
D. Weitere Verfahren der Widmung	62
I. Widmung in einem förmlichen Planungsverfahren	62
II. Widmung durch Vertrag	67
III. Widmung bei außergewöhnlichen Ereignissen (§ 6a Sächs StrG)	68
E. Elastizität der Widmung	68
I. Grundgedanke	68
II. Voraussetzungen	69
III. Verfahren	72

F. Altrechtliche Straßen	73
I. Anknüpfungspunkte	73
II. Bundesfernstraßen	75
III. Alte Straßen nach Maßgabe von Straßenverzeichnissen	76
IV. Alte Straßen als tatsächlich öffentliche Straßen	76
V. Alte Straßen als öffentliche Straßen im Rechtssinne	78
VI. Umfang des Gemeingebrauchs	87
G. Rückständiger Grunderwerb	87
I. Problemlage	87
II. Übernahmeanspruch des Eigentümers	88
III. Enteignung	91
IV. Vertragliche Regelung	92
H. Veränderung oder Wegfall der Widmung	93
I. Rechtsschutz	93
I. Klärung der Öffentlichkeit einer Straße	93
II. Klage auf Beseitigung der Widmung	95
III. Anspruch bei Inanspruchnahme der Straße ohne Widmung	101
IV. Verpflichtungsklage auf Widmung	101
§ 3 Ein- und Umstufung	103
A. Bedeutung der Einstufung	104
B. Straßenklassen	105
I. Übersicht	105
II. Gemeinsame Kriterien	106
III. Straßen des überörtlichen Verkehrs	113
IV. Straßen des örtlichen Verkehrs	121
V. Rechtsprechung zu einzelnen Konstellationen	126
VI. Radschnellverbindungen	126
VII. Regelungen in den Stadtstaaten	128
VIII. Ortsdurchfahrt und Ortsumgehung	128
C. Einstufung	129
I. Einstufungsentscheidung	129
II. Gesetzliche Einstufung (Neuordnungen)	129
D. Umstufung	130
I. Umstufungsverfügung	130
II. Umstufungsvereinbarung	135
III. Besonderheiten bei Bundesstraßen	136
IV. Rechtsfolgen einer Umstufung	137
V. Rechtsschutz	137
§ 4 Einziehung und Teileinziehung	139
A. Grundlagen	139
I. Begriffe und Gesetzesaufbau	139
II. Abgrenzung zu straßenverkehrsrechtlichen Maßnahmen	141
III. Unzulässige Funktion der Einziehung	142
B. Einziehung wegen Verlustes der Verkehrsbedeutung	143
I. Bundesfernstraßengesetz	143
II. Landesstraßengesetze	143
III. Rechtsfolgen einer Einziehung	144
C. (Teil) Einziehung aus (überwiegenden) Gründen des öffentlichen Wohls	145
I. Ziel der Entscheidung	145
II. Einziehung aus (überwiegenden) Gründen des öffentlichen Wohls	147
III. Rechtswirkungen	155
D. Verfahren	155
I. „Elastizität“	155
II. Allgemeinverfügung	156

III. Einziehung in einem förmlichen Planungsverfahren	157
IV. (Teil)Einziehung durch Gesetz	158
E. Rechtsschutz	158
I. Anfechtung der (Teil-)Einziehung	158
II. Verpflichtungsklage	162
§ 5 Straßenverzeichnisse	162
A. Straßen- und Bestandsverzeichnisse	162
B. Rechtsbereinigende Bestandsverzeichnisse	164
Teil 3 Nutzungsrecht	169
§ 6 Gemeingebrauch	169
A. Grundsätze	171
B. Abstrakter Gemeingebrauch	174
I. Inhalt der Widmungsverfügung	174
II. Mehrere beteiligte Personen	175
III. Gesetzliche Erweiterungen für Nutzung durch Träger der Daseinsvorsorge	176
IV. Verkehrszweck	176
V. Unerwünschte Verhaltensweisen	183
VI. Kommunikative Nutzungen	184
C. Konkreter Gemeingebrauch	192
I. Tatsächliche Beschaffenheit der Straße	192
II. Schranke der Gemeinverträglichkeit	193
III. Grenze des Straßenverkehrsrechts	194
D. Beschränkungen des Gemeingebrauchs	195
I. Straßenbauarbeiten und zur Verhütung außerordentlicher Schäden an der Straße	195
II. Ordnungsrechtliche Beschränkung	196
E. Kosten der Ausübung des Gemeingebrauchs	196
I. Grundlagen	196
II. Maut	197
III. Parkgebühren	198
IV. Übermäßige Inanspruchnahme des Gemeingebrauchs	199
V. Sonstige Mehrkosten	201
§ 7 Anliegergebrauch	201
A. Verfassungsrechtlicher Ausgangspunkt	202
I. Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums	202
II. Anwendungsvorgaben	204
B. Gesteigerter Gemeingebrauch (Anliegergebrauch)	206
I. Allgemeine Bestimmung	206
II. Einzelheiten	210
III. Anderweitige Anliegerinteressen	213
§ 8 Öffentlich-rechtliche Sondernutzung	213
A. System der Sondernutzungen	214
B. Sondernutzungen	215
I. Standort der Nutzung	215
II. Beeinträchtigung des Gemeingebrauchs	215
III. Altrechtliche Sondernutzungen	217
C. Sondernutzer	217
D. Ermessensentscheidung über Sondernutzungserlaubnis	218
I. Grundlage der Ermessensentscheidung	218
II. Positive Belange	219
III. Versagende oder einschränkende Belange	220
IV. Generell öffentliche Belange (Stadtstaaten)	226

V. Bedeutung der Grundrechte	227
VI. Weitere allgemeine Vorgaben	232
E. Erforderlichkeit einer zusätzlichen privaten Gestattung	235
F. Verfahren	236
I. Abschließende anderweitige Regelung	236
II. Verhältnis zu straßenverkehrsrechtlichen Entscheidungen	237
III. Verhältnis zur Anlagenzulassungen	239
IV. Verfahrensgang	242
G. Inhalt der Erlaubnis	244
I. Festlegung der Erlaubnis	244
II. Nebenbestimmungen	244
H. Rechtsstellung und Verpflichtungen des Sondernutzers	246
I. Rechtsstellung	246
II. Verpflichtungen	246
III. Kosten der Ausübung der Sondernutzung	247
I. Entfallen der Nutzungsmöglichkeit	256
I. Aufhebung nach §§ 48 ff. VwVfG	256
II. Hoheitliche Beendigung	258
III. Wegfall der Ausübungsgrundlage	258
J. Rechtsschutz	258
I. Rechtsschutz des Antragstellers	258
II. Rechtsschutz Dritter	259
K. Sondernutzungssatzung	261
I. Grundsätzliche Vorgaben	261
II. Regelungsinhalt	261
III. Rechtsschutz	264
L. Sondernutzungsvertrag	264
I. Öffentlich-rechtlicher Vertrag	264
II. Vertrag mit Ausschließlichkeitsklausel (v. a. Werbenutzungsvertrag; Wertstoffsammlung aus einer Hand)	265
M. Einschreiten gegen unerlaubte Sondernutzung	267
I. Entscheidungsvorgaben	267
II. Ordnungsbehördliches Einschreiten, zivilrechtliches Vorgehen	271
III. Zivilrechtliche Ersatzansprüche	271
N. Sondernutzung für stationsbasiertes Carsharing	271
§ 9 Privatrechtliche Gestattung	273
A. Tatbestände	273
I. Fehlende Beeinträchtigung des Gemeingebrauchs	273
II. Verlegung von öffentlichen Versorgungsleitungen	274
B. Entscheidung	276
I. Grundsätze	276
II. Versorgungsleitungen	278
C. Rechtsschutz	284
Teil 4 Sonstiges Straßennachbar- und Anliegerrecht	287
§ 10 Zufahrt und Zugang	287
A. Grundlagen	287
I. Definition von Zufahrt und Zugang (Zuwegung)	287
II. Regelungssystematik des FStrG und der Landesstraßengesetze	288
B. Die Rechtspositionen der Straßenanlieger	290
I. Der sog. Kern des Anliegerrechts	290
II. Konstellationen unerheblicher Maßnahmen	296
III. Anliegerbelange in Planungs- und Ermessensentscheidungen	297

C. Allgemeine Regeln für Zuwegungen (Beseitigung, Änderung, Unterbrechung oder Erschwerung der Zuwegung)	298
I. Ausgangspunkt: ausreichende Verbindung zum öffentlichen Wegenetz	298
D. Erlaubnispflichtige Zugänge und Zufahrten außerhalb (des Erschließungsbereichs) der geschlossenen Ortslage	309
I. Lage	309
II. Anlage oder Änderung	310
III. Erlaubnispflichtigkeit	310
IV. Entscheidungsvorgaben	312
V. Verfahren	316
VI. Bauverpflichtung und Kostenersatz	316
VII. Aufhebung der Erlaubnis einer Zufahrt	316
VIII. Einschreiten gegen Zufahrt ohne Erlaubnis	317
E. Sonstige Zugänge und Zufahrten	317
I. Abgrenzung Erlaubnisfreiheit – Erlaubnispflicht	317
II. Sondernutzungspflichtige Zuwegungen	319
III. Erlaubnisfreie Zuwegungen	320
F. Überfahrtenregelungen der Stadtstaaten	323
§ 11 Anbaubeschränkungen	324
A. Grundsätze	324
I. Sinn und Zweck der Anbauregelungen	324
II. Bedeutung von Festsetzungen im Bebauungsplan	326
III. Vorverlagerung bei Straßenplanungen	327
B. Betroffene Straßenbereiche	327
C. Anbauverbote	328
I. Errichtung von (Hoch)Bauten bzw. baulichen Anlagen in Verbotszone	328
II. Errichtung baulicher Anlagen mit Anschluss an Straße	331
III. Dispens	331
D. Anbaubeschränkung	334
I. Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen in Beschränkungszone	334
II. Änderung von baulichen Anlagen mit Zugang oder Zufahrt	335
III. Landesrecht	335
IV. Zustimmung	335
E. Besondere Anlagen	338
I. Werbeanlagen	338
II. Anlagen der erneuerbaren Energien	339
III. Telekommunikationsanlagen	341
F. Bauliche Anlagen innerhalb der zur Erschließung bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt	341
G. Entschädigung	341
§ 12 Weitere nachbarrechtliche Beschränkungen	342
A. Grundsätze	342
B. Duldungspflichten	343
I. Einzelne Duldungspflichten	343
II. Durchsetzung	346
C. Unterlassungspflichten	347
I. Einzelne Unterlassungspflichten	347
II. Durchsetzung	348
D. Handlungspflichten	349
I. Einfriedigungsgebot	349
II. Beseitigung von Bewuchs	349
III. Schutzwaldungen	349
E. Enteignung	349

F. Schutzansprüche	350
I. Entzug von Zutritt von Licht oder Luft	350
II. Abwehr von Lärm	350
III. Lichtbeeinträchtigung	352
Teil 5 Straßenbaulast und Verkehrssicherung	353
§ 13 Straßenbaulast	353
A. Voraussetzungen der Straßenbaulast	353
B. Bestimmung des Straßenbaulastträgers	354
I. Grundsätze	354
II. Ortsdurchfahrten	359
III. Ortsumgehung	368
IV. Umleitungen	368
V. Unterhaltungslast von Straßenentwässerungsanlagen	370
VI. Private als Träger der Straßenbaulast	375
VII. Kreuzungsrecht	376
VIII. Übertragung der Straßenbaulast (Sonderbaulast)	383
IX. Genehmigungspflichten des Straßenbaulastträgers	385
C. Rechtsfolgen des Wechsels der Straßenbaulast	386
I. Anwendungsbereich	386
II. Übergang von Rechtspositionen	386
III. Einstandspflicht des bisherigen Straßenbaulastträgers	388
D. Gegenstand der straßenrechtlichen Baulast	390
I. Maßnahmen	390
II. Umfang	397
III. Finanzierung	400
IV. Warnung vor Gefahrenstellen	400
E. Genehmigungspflichten	401
F. Ansprüche im Zusammenhang mit der Straßenbaulast	402
I. Ansprüche Dritter gegen Straßenbaulastträger	402
II. Ansprüche des Straßenbaulastträgers gegenüber Dritten	408
III. Klärung der Straßenbaulast	409
§ 14 Verkehrssicherung	409
A. Rechtsgrundlagen	410
I. Haftungsgrund	410
II. Deliktshaftung nach § 823 BGB	411
III. Amtshaftung nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG	411
IV. Nachweis	412
V. Schadenersatz	412
B. Verkehrssicherungspflichtiger	414
I. Grundsätze	414
II. Wegerechtlich öffentliche Flächen	415
III. Tatsächlich öffentliche Verkehrsflächen	417
IV. Kreuzungen	417
V. Der öffentlichen Straßen benachbarte Grundstücke	418
VI. Übertragung der VSP	418
C. Typisierende Merkmale einer VSP-Verletzung	422
I. Grund-Formel	422
II. Umfassende Interessen- und Güterabwägung	423
III. Geschützter Personenkreis	426
D. Einzelne Anforderungen bei öffentlichen Wegeflächen	427
I. Konkretisierung bei Straßen	427
II. Fahrbahn für Kfz-Verkehr	430
III. Möblierung und Gestaltung besonderer Verkehrsflächen	441
IV. Radweg	443
V. Fußweg	446

VI. Parkflächen	452
VII. Baustellen	453
VIII. Mäharbeiten	459
IX. Straßenbäume	459
X. Beleuchtung	466
XI. Hecken, Bepflanzungen und Gegenstände (Absperreinrichtungen etc.) ..	468
XII. Brücken	468
XIII. Steinschlaggefahr	469
XIV. Warnung vor Gefahrenstellen, Verkehrszeichen und -einrichtungen	469
E. Gefährdungshaftung	470
F. Kontrollen	470
§ 15 Straßenbeleuchtung	472
A. Aufstellung	472
I. Zweck	472
II. Vorgaben für die Einrichtung	472
III. Auswahlentscheidung	473
B. Abwehrrechte	473
Teil 6 Straßenreinigung	477
§ 16 Reinigungs- und Winterdienst an innerörtlichen Straßen	477
A. Grundlagen	477
B. Umfang der polizeilichen Reinigungspflicht	480
I. Inhalt	480
II. Öffentliche Straße innerhalb der geschlossenen Ortslage	482
III. Fläche	482
IV. Inhalt der polizeilichen Reinigungspflicht	483
C. Verpflichtete	499
I. Gemeinde als grundsätzlich Verpflichtete	499
II. Übertragung auf Anlieger bzw. Berechtigte an erschlossenen Grundstücken	499
III. Übertragung auf Dritte	511
D. Durchführung des Winterdienstes	513
I. Streumittel	513
II. Wahl des Ablageorts von Schnee	514
III. Einsatz von Straßenreinigungsfahrzeugen	514
E. Straßenreinigungsgebühren	515
I. Grundlagen	515
II. Gebührentatbestand	516
III. Gebührenpflichtige Grundstücke	516
IV. Gebührenmaßstab	518
V. Gebührenkalkulation	522
VI. Heranziehung	524
§ 17 Reinigungspflicht von Straßen außerhalb der geschlossenen Ortslage und Pivatstraßen	525
A. Anwendungsbereich	525
B. Inhalt der Verpflichtung	526
I. Grundsätze	526
II. Winterdienst	526
§ 18 Übermäßige Verunreinigungen	528
A. Straßenrechtliche Regelungen	528
I. Tatbestand	528
II. Umfang der Reinigungspflicht	529
III. Unmittelbare Ausführung, Kostenerstattungspflicht	529
B. Übermäßige Verunreinigung gemäß § 32 StVO	531

C. Sonstige Regelung	531
I. Straßenbaulast	531
II. Verkehrssicherungspflicht	532
III. Sonstige Rechtsgrundlagen	532
D. Kostenersatzansprüche der Gemeinde gegenüber dem Straßenbaulastträger ..	534
Teil 7 Sonstiges Straßenordnungsrecht	535
§ 19 Bezeichnung der Grundstücke	535
A. Grundlagen	535
B. Straßenname	535
C. Hausnummern	537
Teil 8 Straßenverkehrsrecht	539
§ 20 Grundlagen des Straßenverkehrsrechts	539
A. Verfassungsrechtliche Vorgaben	540
I. Kompetenzrechtliche Befugnisse des Straßenverkehrsrechts	540
II. Grundrechtliche Relevanz	541
B. Untergesetzliche Regelungen	545
I. Verordnungen	545
II. Straßenverkehrsordnung	548
III. Verwaltungsvorschrift zu StVO (VwV-StVO)	548
§ 21 Verkehrsrechtliche Vorgaben außerhalb des Straßenverkehrsrechts ieS	550
A. Einführung	551
B. Besondere Antriebsarten	552
I. Gesetz zur Elektromobilität	552
II. Elektroangetriebene Fahrzeuge	554
C. Carsharing	555
D. LuftreinhalteplanungI. Planung	556
I. Planung	556
II. Rechtsschutz	562
E. Lärminderungsplanung	563
I. Planung	563
II. Verkehrsbeschränkungen und -verbote	565
III. Rechtsschutz	566
F. Vorgaben in sonstigen Planungsakten	566
§ 22 Straßenverkehrsrechtliche Anordnungen – Allgemeiner Teil	567
A. Materielle Vorgaben	568
I. Generelle Ausrichtung	568
II. Grundsatz: Einzelausweisung – Ausnahme: Zonenanordnung	568
III. Tatbestandsvoraussetzungen für Ge- oder Verbote	569
IV. Tatbestandsvoraussetzungen für Gefahrenzeichen	577
V. Tatbestandsbeschränkende Maßgaben des § 45 Abs. 9 StVO	577
VI. Ermessensentscheidung	580
VII. Einvernehmen der Gemeinde	593
VIII. Prüfschemata	594
B. Verfahren	596
I. Verwaltungsverfahren bei Anordnung	596
II. Zusicherung	599
III. Bekanntgabe durch VZ und VE	599
C. Wirksamkeit	606
I. Nichtigkeit	606
II. Befristung und temporäre Regelung	607
III. Aufhebung und Beseitigung des VZ bzw. der -einrichtung	608

D. Rechtsbehelfe	608
I. Anfechtungswiderspruch und -klage	608
II. Leistungsklage	615
III. Verpflichtungsklage	615
IV. Vorbeugender Rechtsschutz	618
§ 23 Verkehrsrechtliche Anordnungen im Einzelnen	618
A. Generalklausel (§ 45 Abs. 1 S. 1 StVO)	619
I. Gründe der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs	619
II. Ermessen	621
III. Einzelne Maßnahmen	622
B. Anordnungen im Zusammenhang mit dem Straßenzustand und Baumaßnahmen	630
I. Verkehrsbeschränkungen zur Verhütung außerordentlicher Schäden an der Straße (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 StVO)	630
II. Verkehrsbeschränkungen zur Durchführung von Arbeiten im Straßenraum (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 StVO)	630
III. Bahnübergänge von Eisenbahnen und Straßenbahnen	634
C. Anordnungen aus Immissionsschutz- und Gesundheitsgründen	634
I. Allgemeine Voraussetzungen	634
II. Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 und 5 StVO)	637
III. Gebiets- und Anlagenschutz vor Verkehrsimmissionen (§ 45 Abs. 1a StVO)	645
IV. Anordnungen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm und Abgasen (§ 45 Abs. 1b Nr. 5 HS 1 StVO)	647
D. Sonstige umweltrechtlich begründete Anordnungen	647
I. Schutz der Gewässer und Heilquellen (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 StVO)	647
II. Arten- und Biotopschutz (§ 45 Abs. 1a Nr. 4a StVO)	648
III. Verbesserung des Schutzes der Umwelt und des Klimas	648
E. Parkregelungen	648
I. Grundlagen	648
II. Bewohnerparkplätze (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 2a und Abs. 1b S. 2 StVO)	649
III. Parkmöglichkeiten für Schwerbehinderte mit außergewöhnlicher Gehbehinderung und Blinde (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 2 StVO)	657
IV. Sonstige Gründe der Parkraumbewirtschaftung, Zonenhalteverbot	659
V. Parkflächen für E-Mobile (§ 45 Abs. 1g StVO)	660
VI. Parkvorrechtigung für Carsharing (§ 45 Abs. 1h StVO)	661
VII. Sonstige Anordnungen	661
VIII. Aufhebung von Parkplätzen	664
IX. Parkgebühren	664
F. Fahrradverkehr	664
I. Ermächtigungsgrundlagen	664
II. Schutzstreifen für Radfahrer	665
III. Radfahrstreifen	665
IV. Fahrradstraße	666
V. Fahrradzone	667
VI. Freigabe des Gehweges zur Mitbenutzung durch den Radverkehr	668
VII. Angemessene Flächen für den Fahrradverkehr zur Verbesserung des Schutzes der Umwelt, zum Schutz der Gesundheit oder zur Unterstützung der geordneten städtebaulichen Entwicklung (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 7 StVO)	668
VIII. Radwegebenutzungspflicht	669
IX. Radschnellwege	670
G. Fußverkehr	671
I. Fußgängerüberweg	671
II. Kennzeichnung von Fußgängerzonen (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 3 StVO)	671

III. Angemessene Flächen für den Fußverkehr zur Verbesserung des Schutzes der Umwelt, zum Schutz der Gesundheit oder zur Unterstützung der geordneten städtebaulichen Entwicklung	673
IV. Weitere Regelungen der Straßenverkehrsbehörde	673
H. Sonderfahrspuren	673
I. Sonderfahrspuren nach § 45 Abs. 1 S. 1 iVm Abs. 9 S. 1 StVO	673
II. Sonderfahrstreifen und bevorrechtigende Lichtzeichenregelungen nach § 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 7 Buchst. a) StVO	674
III. Sonderfahrstreifen zur Erprobung unterschiedlicher Mobilitätsformen (Blue Lanes)	674
I. Sonstige sicherheitsbezogene Anordnungen	675
I. Anordnungen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 StVO)	675
II. Anordnungen im Zusammenhang mit der Einrichtung von gebührenpflichtigen Parkplätzen für Großveranstaltungen (§ 45 Abs. 1 S. 1b Nr. 1 StVO)	675
III. Pannensicherung (§ 47 Abs. 7a StVO)	676
J. Verkehrsregelungen im Zusammenhang mit mautpflichtigen Strecken	676
I. Umsetzung des Verkehrsplans des Konzessionärs (§ 45 Abs. 1e StVO)	676
II. Unterbindung von Mautausweichverkehr	676
K. Erhöhung der Höchstgeschwindigkeit (§ 45 Abs. 8 StVO)	678
L. Weitere Maßnahmen mit städteplanerischem Einschlag	678
I. Kennzeichnung von verkehrsberuhigten Bereichen (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 3 StVO)	678
II. Ergänzende Anordnungen in Fußgänger- und verkehrsberuhigten Zonen	680
III. Tempo-30-Zone (§ 45 Abs. 1e StVO)	682
IV. Verkehrsberuhigte Geschäftsbereiche (§ 45 Abs. 1d StVO)	684
M. Unterstützung der städtebaulichen Entwicklung	685
I. System	685
II. Anordnungen nach § 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 5 2. Alt. StVO	685
III. Anordnungen nach § 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 7 und Abs. 1b S. 2 StVO	687
N. Weitere Anordnungen (§ 45 Abs. 3 StVO)	687
I. Grundlagen und Zuständigkeiten	687
II. Gefahrzeichen	688
III. Richtzeichen	688
IV. Haltestellen des ÖPNV	689
O. Verkehrsversuche (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 6 StVO)	690
I. Erforschungen des Unfallgeschehens, des Verkehrsverhaltens oder der Verkehrsabläufe	690
II. Erprobung geplanter verkehrssichernder oder verkehrsregelnder Maßnahmen	691
§ 24 Verbot verkehrsgefährdender Betätigungen und Ausnahmen	692
A. Veranstaltungen	692
I. Zweck der Verbote nach § 29 StVO	692
II. Rennen (§ 29 Abs. 1 aF StVO; § 315d StGB)	692
III. Erlaubnispflichtige Veranstaltungen (§ 29 Abs. 2 StVO)	694
IV. Großraum- und Schwerverkehr (§ 29 Abs. 3 StVO)	695
V. Verbot von störenden Veranstaltungen (§ 30 Abs. 2 StVO)	697
B. Verbot von Sport und Spiel (§ 31 StVO)	697
C. Verbot des Hindernisaufbringens (§ 32 StVO)	698
I. Verbot	698
II. Ausnahme	700
III. Beseitigungsanordnung	701
D. Verkehrsbeeinträchtigungen (§ 33 StVO)	701
E. Unnötiger Lärm oder vermeidbare Abgase (§ 31 Abs. 2 StVO)	704

§ 25 Sonderrechte nach § 35 StVO	704
§ 26 Ausnahmen von verkehrsrechtlichen Vorschriften und Anordnungen	708
A. Anwendungsbereich	708
B. Grundsätze der Ermessensentscheidung nach § 46 StVO	709
I. Ermessenszwecke	709
II. Ermessensausübung	710
III. Nebenbestimmungen als Teil der Ermessensentscheidung (§ 46 Abs. 3 StVO)	716
IV. Anspruch auf fehlerfreie Ermessensentscheidung	717
C. Ausnahmenerlaubnisse im Einzelnen	718
I. Halte- und Parkverbote	718
II. Sonntagfahrverbot (§ 46 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 StVO)	720
III. Ausnahmen von verkehrsrechtlichen Anordnungen (§ 46 Abs. 1 Nr. 11 StVO)	721
IV. Ausnahmen zur Förderung der E-Mobilität (§ 46 Abs. 1a StVO)	721
V. Allgemeine Ausnahmen (§ 46 Abs. 2 StVO)	722
VI. Ausnahmen bei Autobahnen (§ 46 Abs. 2a StVO)	722
D. Verfahren	723
I. Geltung des allgemeinen Verwaltungsverfahrensrechts	723
II. Zuständigkeit	723
III. Antrag	723
IV. Sachverhaltsermittlung	724
V. Beteiligung	725
VI. Bescheid	725
E. Rechtsschutz	727
I. Rechtsschutz des Antragstellers	727
II. Rechtsschutz Dritter	727
§ 27 Durchsetzung von verkehrsrechtlichen Ge- und Verboten (insbes. Abschleppen)	728
A. Grundsätze	728
B. Sicherstellung	730
I. Gefahr für das oder von dem Fahrzeug	730
II. Abschleppfälle als Sicherstellung	731
C. Anspruch auf Abschleppen	732
D. Abschleppfälle als Vollstreckung der Wegfahrpflicht	733
I. Verstoß gegen Anordnungen durch VZ oder -VE	733
II. Verstoß gegen gesetzliche Ge- oder Verbote	734
III. Zuständigkeit	735
IV. Ermessen, Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	736
V. Einschalten eines Abschleppunternehmers	739
VI. Kostenerstattung	740
VII. Prozessuale Grundsätze	742
§ 28 Verkehrsrechtliche Haftungsansprüche	742
A. Verkehrsregelungspflicht	742
I. Verpflichtete	742
II. Inhalt der Verkehrsregelungspflicht	743
B. Schutzgesetze iSv § 823 Abs. 2 BGB	752
Sachverzeichnis	753



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG